

NACHRICHTEN

Wahlen in Sri Lanka am 10. Oktober

COLOMBO: Die Regierung Sri Lankas hat am Freitag das Parlament aufgelöst und Neuwahlen für den 10. Oktober angesetzt. Damit endet die sechsjährige Legislaturperiode eine Woche früher. Präsidentin Chandrika Kumaratunga sah sich zu dem Schritt veranlasst, weil die Regierung vor zwei Wochen mit ihren Vorstellungen für eine neue Verfassung mit Autonomie-rechten für die tamilische Bevölkerung im Norden auf unerwarteten Widerstand stiess. Die Regierung zog das Vorhaben nach massiven Protesten der buddhistischen Singhalesen zurück. Kumaratunga hat bereits erklärt, das neue Parlament werde womöglich zur Verfassunggebenden Versammlung erklärt. Dann könnten die 225 Abgeordneten die neue Verfassung mit einfacher Mehrheit verabschieden. Mit der neuen Verfassung und der Autonomie will die Präsidentin den moslemischen Tamilen eine politische Alternative bieten. Für einen Tamilen-Staat im Norden und Osten Sri Lankas kämpfen seit Jahren Rebellen der Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE).

Neue FPÖ-Chefin überholt Haider

WIEN: Die neue FPÖ-Vorsitzende und österreichische Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer hat ihren Mentor und Vorgänger Jörg Haider erstmals in der Wählergunst überholt. Das ergab eine am Freitag von den Zeitungen veröffentlichte repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts IMAS in Linz. Bei einer hypothetischen Direktwahl des Bundeskanzlers käme danach Riess-Passer auf 16 Prozent der Stimmen, während sich Haider mit zwölf Prozent begnügen müsste. Eindeutig an der Spitze liegt jedoch der amtierende Bundeskanzler und ÖVP-Chef Wolfgang Schäussel mit 22 Prozent Zustimmung. Der neue Vorsitzende der Sozialdemokraten (SPÖ), Alfred Gusenbauer, erreichte nur acht Prozent, obwohl seine Partei trotz ihrer Oppositionsrolle immer noch die stärkste politische Kraft im Land ist.

Sechs Tote bei neuem Massaker an Hindus

NEU DELHI: Bei einem neuen Massaker an Hindus im indischen Teil Kaschmirs haben mutmassliche Moslemextremisten sechs Menschen ermordet. Eine bewaffnete Bande umstellte in der Nacht zum Freitag ein Haus im Dorf Kotdwara in der Region Jammu und erschoss sechs Männer. Sieben Mitglieder der Familie, unter ihnen drei Frauen, erlitten Verletzungen. Das berichtete die indische Presse-Agentur UNI. Seit Anfang August wurden in Kaschmir mehr als 100 Menschen bei Anschlägen und Massakern ermordet, unter ihnen 26 Hindu-Pilger. Die überwiegend von Moslems bewohnte Himalaya-Provinz Kaschmir ist zwischen Indien und Pakistan geteilt. Im indischen Bundesstaat Jammu und Kaschmir kämpfen verschiedene moslemische Milizen für den Anschluss an Pakistan. Versuche der indischen Regierung, mit der grössten Rebellengruppe, den Hizbul Mujahedin, zu verhandeln, waren vor zehn Tagen gescheitert.

Türkischer Angriff auf Hirtenlager in Nordirak

KAIRO: Bei einem Angriff türkischer Kampfflugzeuge auf ein Lager kurdischer Hirten sind nach Angaben einer kurdischen Organisation 38 Menschen getötet worden. Weitere elf Menschen seien bei dem Angriff verletzt worden, hiess es in einem an die Nachrichtenagentur AP in Kairo gerichteten Fax der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP). Das Ausserministerium erklärte am Freitag, der Vorfall werde untersucht.

Der Sprecher des Ministeriums, Huseyin Dirioz, sagte, Kampfflugzeuge hätten am Dienstag Stellungen der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) in Nordirak bombardiert. Die Streitkräfte erklärten, sie hätten Vorsichtsmassnahmen getroffen, um sicher zu stellen, dass keine Zivilisten verletzt würden. Nach Angaben der Kommunistischen Partei wurden bei dem Angriff 41 Menschen getötet, die meisten davon Frauen und Kinder. Die türkischen Streitkräfte wollten den Vorfall nicht kommentieren.

Die KDP hat in der Vergangenheit das Vorgehen der türkischen Streitkräfte gegen die PKK in Irak unterstützt. Die KDP und die mit ihr rivalisierende Patriotische Union Kurdistans (PUK) kontrollieren die autonome Kurdenregion im Norden Iraks. Die PUK stellte sich wiederholt auf die Seite der PKK.

Malaysier freigelassen

Freilassung der übrigen Geiseln am Samstag erwartet

JOLO: Drei entführte Malaysier, deren Freilassung philippinische Regierungsunterhändler gestern mitgeteilt hatten, sind offenbar bis zum Abend nicht in der Inselhauptstadt Jolo eingetroffen.

Chefunterhändler Robert Aventajado hatte zuvor gesagt, er habe von einem Vermittler erfahren, dass sich die drei Malaysier auf der südphilippinischen Insel Jolo auf dem Weg in die gleichnamige Hauptstadt befänden. Von dort sollten sie mit einem Schnellboot nach Zamboanga gebracht werden, wo ein malaysisches Flugzeug bereit stand, um sie in ihre Heimat zurückzubringen. Bis zum Freitagabend wurden die Drei in Jolo aber nicht gesehen.

Unterdessen erwartete Aventajado die Freilassung der übrigen 25 Entführten heute Samstag. Unter diesen sind auch die beiden Deutschen Vermittler Marc und Werner Wallert. Vermittler und Entführer hatten sich zuvor über ein zusätzliches Lösegeld geeinigt, wie es hiess. Die Moslemextremisten der Abu Sayyaf hatten noch einmal eine Million Dollar Lösegeld gefordert. Bereits im Juli wurden nach philip-



Die Entführer auf der philippinischen Insel Jolo haben gestern ihre drei verbliebenen malaysischen Geiseln freigelassen. Die restlichen Geiseln, seit Ostern in den Händen der Rebellen, sollen heute Samstag freikommen.

pinischen Militärangaben etwa 5,5 Millionen Dollar Lösegeld für die Freilassung der Deutschen Renate Wallert und von sechs Malaysiern gezahlt. Das Lösegeld sollte auch die Freilassung der drei verblieben-

den Malaysier sichern, doch entschieden sich die Extremisten in letzter Minute anders und stellten neue Forderungen.

In der Gewalt der Abu Sayyaf sind seit Ostern ausser den beiden

Wallerts noch drei Franzosen, zwei Finnen, zwei Südafrikaner und ein Philippiner. Später wurden drei Journalisten aus Frankreich und zwölf philippinische Prediger entführt.

Al Gore gab sich eigenes Profil

Wahlparteitag der US-Demokraten in Los Angeles

LOS ANGELES: Der Präsidentschaftskandidat der US-Demokraten, Al Gore, hat auf dem Parteitag in Los Angeles mit seiner Nominierungsrede Profil bewiesen. Er präsentierte konkrete politische Programmpunkte, die er als Präsident umsetzen will.

Gore versprach bessere Schulen, niedrigere Steuern für die Mittelschicht und mehr Rechte für Patienten. Er sei vielleicht nicht der aufregendste Politiker, sagte der Vizepräsident. Doch die Präsidentschaft sei kein Beliebtheitswettbewerb: «Ich werde jeden Tag für Sie arbeiten, und ich werde Sie nie enttäuschen.»

Den Namen von Präsident Bill Clinton nannte Gore in seiner Rede nur ein einziges Mal. Trotzdem sorgten die Skandale um den Präsidenten für neuen Wirbel: Der unabhängige Ermittler Robert Ray lässt prüfen, ob gegen Clinton nach

Ablauf seiner Amtszeit wegen Meinheides oder Justizbehinderung doch höch Anklage erhoben wird.

Wohlstand für alle

Gore betonte, die Wahl im November bei der er gegen den Republikaner George W. Bush antritt, solle «kein Orden für alte Verdienste» sein. Als Präsident werde er dafür sorgen, dass alle arbeitenden Familien am erreichten Wohlstand teilhaben könnten.

Clinton habe die USA «aus dem Tal der Rezession in die längste Wohlstandsperiode der amerikanischen Geschichte geführt». Jetzt müsse aber ein neues Kapitel geschrieben werden. Gores Rede war der Höhepunkt eines Image-Feldzuges, mit dem sich der seit acht Jahren amtierende Vizepräsident als volknaher Familienvater sowohl von Clinton als auch von Bush absetzen suchte. So trat er zum Beispiel nicht über den Büh-

neneingang vor die Delegierten, sondern nahm vor seinem Auftritt ein Bad in der Menge. Eingeführt wurde er von seiner Frau Tipper, die ihn mit Bildern aus dem Familienalbum vorstellte. «Al war für unsere Familie immer da, und er wird auch immer für Ihre da sein», sagte sie.

In ersten Reaktionen gaben Al Gore viele Beobachter gute Noten für seine Auftritt. «Gore hat einen grossen Schritt voran gemacht», kommentierte die «Washington Post». Eine Sprecherin von Bush hingegen meinte, Gore sei in alte klassenkämpferische Parolen zurückgefallen.

«Suspekter Zeitpunkt»

Der US-Vizepräsident versucht seit Monaten zu vermeiden, dass die Skandale der Clinton-Regierung auf ihn abfärben. Vertreter seines Wahlkampfstabes und des Weissen Hauses bezeichneten den

Zeitpunkt als suspekt, an dem die Nachricht über die neue Anklagekammer bekannt wurde. Die Republikaner bemühten sich, den Verdacht zu entkräften, sie hätten etwas mit der Veröffentlichung zu tun. «Egal wer diese Sache anfasst, macht sich die Finger schmutzig», sagte die republikanische Kongressabgeordnete Jennifer Dunn. Bush-Sprecher Ray Sullivan erklärte, die US-Bürger hätten die Washingtoner Skandale und Ermittlungen satt. Das beste Gegenmittel sei den Präsidenten und die Regierung zu wechseln. Die Präsidentschaftswahl findet am 7. November statt. George Bush erklärte sich bereit, mit Gore drei Fernseh-Debatten zu führen. Auch die Kandidaten für das Vize-Präsidentenamt, Dick Cheney und Joseph Lieberman, könnten zwei Debatten führen. Gegenwärtig liegt Bush in den meisten Umfragen etwa zehn Prozentpunkte vor Gore.

Hitzewelle lastet auf den jungen Rom-Pilgern

Weltjugendtreffen in Rom – Morgen Gottesdienst mit dem Papst

ROM/BERN: Vor dem Höhepunkt des Weltjugendtreffens in Rom vom Wochenende bereiten sich die Jugendlichen aus 160 Ländern auf den Gottesdienst unter freiem Himmel vom Sonntag mit dem Papst vor. Zum Heiligen Jahr sind zwei Millionen junge Gläubige in die Heilige Stadt gekommen.

Die sengende Hitze machte den Jugendlichen, unter ihnen auch 1600 aus der Schweiz, das Leben in Rom nicht gerade leicht. Die spirituelle Kraft der Messen und Katechesen, aber auch die Anwesenheit von Papst Johannes Paul II. liessen aber die hohen Temperaturen und kleinere organisatorische Mängel in den Hintergrund treten. Der Sprecher der Schweizer Gruppe aus der Romandie, Jean-Charles Zufferey, wies am Freitag auf die prekären sanitären Einrichtungen hin, welche



Bei der gegenwärtigen Hitze ist jede Abkühlung den jugendlichen Rompilgern willkommen.

den jungen Gläubigen zur Verfügung stünden. «Vier Douchen für 700 Jugendliche sind kein Luxus», stellte er auf Anfrage der Nachrichtenagentur sda fest. Doch die Euphorie und die Spiritualität des Weltjugendtreffens würden diese Probleme aufwiegen.

Das Treffen in Rom sei noch viel eindrücklicher als die Weltjugendtage in Paris vor drei Jahren, glaubt Zufferey. Rom profitiere dabei vom Erbe der Antike und der christlichen Tradition der Stadt. Vielmehr müsse die Kirche das Gelingen solcher Anlässe sicherstellen, glaubt Betticher. In seinen Augen muss die Kirche die aktuelle Gesellschaft so annehmen, wie sie ist und sich ihren Erwartungen öffnen. Auch am Freitag bevölkerten wieder viele jungen Menschen den Petersplatz, Tausende standen Schlange vor der Heiligen Pforte.

Bombenanschlag in Pristina

Bei einem Bombenanschlag auf ein Gebäude in der Kosovo-Hauptstadt Pristina sind am Freitag nach UNO-Angaben Büros von politischen Parteien und der serbischen Provinzbehörden zerstört worden. Eine Frau wurde leicht verletzt. Der Chef der UNO-Verwaltung im Kosovo (UNMIK), Bernard Kouchner, deutete an, dass der Anschlag auf das Konto politischer Extremisten gehen könnte. «Die Demokratie hat Feinde, ich meine, Gegner von Wahlen», sagte er. Im Kosovo finden am 28. Oktober die ersten Kommunalwahlen seit dem Ende des Krieges vor einem Jahr statt. Zu den am stärksten beschädigten Büros gehörte das einer Partei der türkischen Minderheit. Es sei nicht klar, ob der Anschlag gezielt dieser Partei gegolten habe, sagte Kouchner am Explosionsort. Nach Angaben der OSZE wurde eine Mitarbeiterin der Türkischen Volkspartei bei der Explosion leicht verletzt. In dem Gebäude sind die Büros von 17 politischen Parteien.